



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission
vom: 9. Oktober 2012
zur Vorlage Nr.: [2012-137](#)
Titel: **Beantwortung Postulat [2011/186](#) von Pia Fankhauser, SP-Fraktion:
«Sozialsterne» fürs Baselbiet**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

betreffend Beantwortung Postulat [2011/186](#) von Pia Fankhauser, SP-Fraktion: «Sozialsterne» fürs Baselbiet

Vom 9. Oktober 2012

1. Ausgangslage

Mit dem Postulat [2011/186](#) wird vorgeschlagen, dass Gemeinden, die sich im sozialen Bereich über das durchschnittliche Mass hinaus engagieren, Sterne in einer Bewertungskategorie erhalten würden (analog Hotel). Im Katalog könnten zum Beispiel sozialer Wohnungsbau (Genossenschaften), behindertengerechte Angebote, Spitexdienste, Kinderbetreuung, Arbeitsprogramme etc. als Kriterien gelten. Dies würde auch eine Wertschätzung derjenigen Gemeinden bedeuten, die sich für soziale Anliegen einsetzen. Der Regierungsrat wurde eingeladen zu prüfen, wie eine Bewertung der sozialen Leistungen der Gemeinden mittels «Sozialsterne» eingeführt werden kann.

So sinnvoll das Label «Energistadt» oder die im Postulat erwähnten Sterne in der Hotellerie scheinen, so wenig lassen sich solche Modelle nach Meinung des Regierungsrates auf die sozialen Leistungen von Gemeinden übertragen; und nennt als Gründe das kostspielige Erstellen eines umfassenden Kriterien-Katalogs, den fraglichen Nutzen eines Sozial-Ratings, da kleinere und finanzschwache Gemeinden benachteiligt würden, sowie das Fehlen der verfassungsmässigen Grundlage, soziale Leistungen der Gemeinden staatlich zu bewerten.

Für den Regierungsrat und den zu einer Stellungnahme eingeladenen Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) kommen deshalb ein staatliches Sozial-Rating oder «Sozialsterne» nicht in Frage.

Aufgrund des [Berichts](#) beantragt der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat 2011/186 als erledigt abzuschreiben.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beriet die Vorlage an ihrer Sitzung vom 17. August 2012 im Beisein von Rosmarie Furrer, Generalsekretärin VGD und René Merz, Leiter Abteilung Volkswirtschaft VGD. Die Postulantin, Pia Fankhauser, nahm als Mitglied der VGK an der Beratung teil.

2.2. Beratung im Detail

Pia Fankhauser teilte der Kommission mit, dass sie politisch betrachtet mit der Abschreibung ihres Vorstosses einverstanden sei. Persönlich fühlte sie sich allerdings aufgrund der Antwort «nicht wahnsinnig ernst genommen», denn es ist ihr wichtig, dass Gemeinden, die gute Arbeit im sozialen Bereich leisten, entsprechend hervorgehoben werden – und nicht nur Künstler und Sportler. Es wäre eine Chance gewesen, diese für ihr soziales Engagement auszuzeichnen.

Die Postulantin regte an, wenigstens den vom Regierungsrat erwähnten «Sozialkompass» für Hilfe suchende Personen aktuell zu halten und zu gestalten. Gerade im Hinblick auf das Problem mit den Fahrdiensten für Behinderte stiess sich die Postulantin an lapidaren Antworten wie «Eine Gemeinde hat keinen Einfluss auf ihre geografische Lage, so dass Rollstuhlfahrer teilweise benachteiligt sind». Schliesslich gibt es Gemeinden wie Oberwil, die an einer Hanglage liegen und durchaus in der Lage sind, Lösungen für behinderte Menschen zu schaffen.

Als problematisch an der Auszeichnung erachtete ein Kommissionsmitglied die Tatsache, dass dann die jeweiligen Gemeinden auf entsprechend bedürftige Menschen anziehend wirken, so dass einer Gemeinde dadurch massive Kosten entstehen könnten.

://: Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

3. Antrag

://: Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat stillschweigend, das Postulat 2011/186 abzuschreiben.

Arlesheim, 9. Oktober 2012

*Für die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission:
Peter Brodbeck, Präsident*